

Abmahnungen, verklagen, einschüchtern

Immer häufiger verklagen Unternehmen, Lobbygruppen oder einflussreiche Privatpersonen Aktivistinnen, Journalisten oder Vereine – mit dem Ziel sie einzuschüchtern und mundtot zu machen.

Experten halten solche SLAPP-Verfahren für eine ernste Bedrohung der Demokratie und Meinungsfreiheit.

TEXT: GINA HAUBNER

Südtirol ist bei Touristen für seine schöne Natur bekannt, besonders im Frühling, wenn die Äpfel blühen. Und Apfelplantagen gibt es hier viele, denn Südtirol ist das größte zusammenhängende Apfelanbaugebiet Europas. Knapp 913.000 Tonnen Äpfel wurden hier 2022 geerntet. Um solche Erntemengen zu erzielen, hilft die Landwirtschaft ordentlich nach, mit chemisch-synthetischen Pestiziden. Vinschgau macht flächentechnisch knapp ein Fünftel von Südtirol aus. 2017 spritzten hier zwischen März und September um die 700 Landwirte ihre Apfelplantagen – jede im Schnitt 38 Mal. Darunter bedenkliche Substanzen und viele Stoffe, die die Artenvielfalt gefährden. Zu diesem Ergebnis gelangt das Umweltinstitut München durch die Auswertung der Spritzbücher, in denen 681 Vinschgauer Apfelbauern ihren Pestizideinsatz dokumentierten.

Dass in den Monokulturen ihrer Gegend massenhaft Spritzgifte eingesetzt werden, beunruhigte die Menschen im Dorf Mals in Südtirol schon länger – und zwar so sehr, dass sie sich zur Wehr setzten und als erste Gemeinde in Europa per Volksabstimmung Pestizide auf ihrem Gebiet verboten. Beeindruckt von diesem Engagement begann der Filmemacher Alexander Schiebel ab 2014 ihre Geschichte in „Das Wunder von Mals“ zu erzählen – in zwei Filmen und als Buch.

1.372 Strafanzeigen

Doch die Begeisterung über sein Buch hielt sich auf Seiten der Landwirte und der Politik in Grenzen. Am 29. September 2017, wenige Wochen nach dessen Veröffentlichung, sitzt Schiebel im Zug. Er ist auf dem Heimweg von einem Interview, als ihn der Klingelton seines Handys aus

den Gedanken reißt. Am anderen Ende ist eine Journalistin. Sie bittet ihn um eine Stellungnahme zu der Strafanzeige gegen ihn. Schiebel ist perplex. Er weiß nicht wovon sie spricht. Auf diese Weise erfährt er, dass Landesrat Arnold Schuler, zuständig für die Landwirtschaft in Südtirol, Strafanzeige gegen ihn erstattet hat. Die Begründung: In „Das Wunder von Mals“ hatte Schiebel den Südtiroler Obstbauern wegen ihres Pestizideinsatzes „Tötung durch vorsätzliches Ignorieren von Gefahren“ vorgeworfen. Davon fühlten sich die Landwirte und Landwirtinnen verunglimpft, weshalb Schiebel in Italien wegen „diffamazione“ – ähnlich dem deutschen Straftatbestand der üblen Nachrede – angeklagt wurde. Doch damit nicht genug. In den kommenden Tagen trudelte eine Strafanzeige nach der anderen ein – insgesamt 1.372 sind es am Schluss. Der Süd-



Fotos: Joerg Farys - www.dieprojektoren.de, Hanae Yamashita



„Die Wahrheit auszusprechen ist kein Verbrechen“ steht auf dem Plakat, das Aktivisten zum Auftakt des Pestizidprozesses hochhalten.

„Auch dann wenn ich nicht direkt mit dem Verfahren beschäftigt war, konnte ich mich kaum auf etwas anderes konzentrieren.“



Alexander Schiebel
Betroffener einer SLAPP-Klage

tiroler Bauernbund und viele Obstbauern hatten sich als Nebenkläger angeschlossen.

Ein SLAPP-Verfahren par excellence

Der sogenannte Pestizidprozess gilt inzwischen als eines der bekanntesten SLAPP-Verfahren Deutschlands. SLAPP – das ist die Kurzform für „strategic lawsuits against public participation“, auf Deutsch: strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung. Und es ist kein Zufall, dass die Abkürzung ähnlich klingt, wie das englische Wort „to slap“ (schlagen/ ohrfeigen). Verklagt werden Journalisten, Aktivistinnen und andere Verteidiger von Menschenrechten, wie etwa Nichtregierungsorganisationen (NGO). Kläger sind in der Regel einflussreiche Privatpersonen, Lobbygruppen, Unternehmen und manchmal sogar staatliche

Organe, stellt die EU-Kommission im April 2022 fest. Das Ziel: Öffentliche Äußerungen, Kritik oder Proteste durch oft hohe Schadenersatzansprüche oder teure und aufwendige Unterlassungsklagen zu sanktionieren und zu unterbinden.

Die Europäische Kommission beschreibt den Hintergrund solcher Verfahren wie folgt: „Der Zweck solcher Klagen besteht darin, Kritiker zu zensieren, einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen, indem ihnen so lange die Kosten für die Verteidigung aufgebürdet werden, bis sie ihre Kritik oder Opposition aufgeben.“ So sollen Kritiker von ihrer Arbeit abgehalten werden. Deswegen handele es sich bei SLAPPs um „grundlos übertriebene Gerichtsverfahren“, die einen „Missbrauch“ dieser Verfahren darstellen, so die Kommission.

Einschüchterung war wohl auch das Ziel im Pestizidprozess. Denn neben Autor →



1. Alexander Schiebel (l.) und Karl Bär nach dem ersten Freispruch im Südtiroler Pestizidprozess.
2. Pestizideinsatz im Vinschgauer Apfelanbau: Im Jahr 2017 wurde jede Apfelplantage dort im Schnitt 38 Mal gespritzt, ergab die Auswertung der Spritzbücher Südtiroler Apfelbauern.

Alexander Schiebel waren auch sein Verleger Jacob Radloff vom Oekom Verlag und Mitarbeitende des Umweltinstituts München angeklagt. Genauer: mehrere Vorstandsmitglieder der NGO und der damalige Mitarbeiter Karl Bär, der heute als Abgeordneter für die Grünen im Bundestag sitzt. Hintergrund: Im Herbst 2017 hatten Mitarbeitende des Umweltinstituts an einer U-Bahn-Station in München ein Plakat aufgehängt. Statt dem Tourismus-Slogan „Südtirol sucht dich“, stand darauf „Südtirol sucht saubere Luft“, darunter ein Link mit Infos zum Pestizideinsatz in Südtirol. „Es war keine große, aufwändige Kampagne“, sagt Veronika Feicht, Referentin für Agrarpolitik beim Umweltinstitut München. Nur wenige Tage hing das Plakat, doch es reichte für eine Strafanzeige wegen übler Nachrede und einer Klage wegen

„Der Zweck solcher Klagen besteht darin, Kritiker zu zensurieren, einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.“

EU-Kommission
in einer Richtlinie vom
April 2022

Markenfälschung. Denn statt des Logos von Südtirol war ein ähnliches Logo mit dem Namen „Pestizidtirol“ abgebildet.

Freispruch nach 15 Minuten

Im Mai 2021 ist es dann so weit: Dreieinhalb Jahre nach der Anzeige gegen ihn steht Alexander Schiebel in Bozen vor Gericht. Der Autor und Filmemacher hatte zwar damit gerechnet, dass die Obst- und Pestizidlobby juristisch gegen ihn vorgehen würde. „Aber dass die italienische Staatsanwaltschaft wirklich etwas findet, um einen Strafprozess zu eröffnen, das hatte ich nicht erwartet. Ich hatte ja nichts gemacht“, sagt er. Und so sieht es auch der Richter. Gerade einmal einen Tag lang steht Schiebel letztendlich vor Gericht, genauer gesagt sind es sogar nur 15 Minuten. Dann spricht ihn der Richter frei.



INTERVIEW

„Verursacher von SLAPPs zur Verantwortung ziehen“

Was war für Sie persönlich die schlimmste Erfahrung im Zusammenhang mit dem SLAPP-Verfahren?

Alexander Schiebel: Von ehemaligen Mitstreitenden allein gelassen zu werden – das fand ich besonders schockierend. Und auch die Teilnahmslosigkeit der Zivilgesellschaft, insbesondere von grün-gesinnten Menschen, hat mich enttäuscht. Ich hätte mir mehr Unterstützung gewünscht. Speziell in Südtirol.

Und was ist die für Sie wichtigste Konsequenz aus dem Prozess?

Wir haben ein so großes ökologisches Problem weltweit, nicht nur mit Blick auf den Pestizideinsatz. Dass die Verursacher dieser Krise ihre Kritiker mittels SLAPP-Klagen einfach aus dem Weg räumen können, sofern sie ihren Interessen gefährlich werden – das lässt mich desillusioniert zurück. Aber es stärkt mich auch gleichzeitig. Weil ich jetzt weiß, worauf ich mich einlasse.



Alexander Schiebel
Filmemacher und Autor

Diese Art der Repression wird mir nichts mehr anhaben. In meinem aktuellen Buch „Gift und Wahrheit“ setze ich mich daher noch konsequenter mit der Monokultur-Landwirtschaft und ihrer Abhängigkeit von Ackergiften auseinander.

Was erhoffen Sie sich von der geplanten EU-Richtlinie?

Hätte es zu meiner Zeit bereits ein Anti-SLAPP-Gesetz in allen europäischen Ländern gegeben, hätte ich nicht vor Gericht gemusst. Der Richter hätte das Verfahren vorher beenden können.

Das wäre eine große Hilfe gewesen. Was ich mir deswegen von der EU-Initiative wünsche, ist, die Verursacher solcher Verfahren künftig daran zu hindern und sie auch zur Verantwortung zu ziehen. Damit anderen nicht das Gleiche passiert. Eine Kompensation zu erhalten wäre auch schön gewesen.

Hat sich Ihrer Meinung nach durch den Prozess und das öffentliche Interesse etwas am Einsatz von Pestiziden in Südtirol geändert?

Nein. Im Moment geht alles weiter wie bisher. Die Apffellobby in Südtirol weiß jetzt, dass sie sowohl die Anliegen der lokalen Bevölkerung erfolgreich ignorieren kann als auch Kritik aus benachbarten Ländern. Da diese Form der Landwirtschaft jedoch nicht nachhaltig ist, werden die ökologischen und gesundheitlichen Probleme sich leider machtvoll zurückmelden. Hoffentlich können wir in der Zukunft aus unseren heutigen Erfahrungen lernen.

Und obwohl es nur ein Verhandlungstag war, sind die Konsequenzen für Schiebel verheerend. Anderthalb Jahre lang hatte das lange Warten auf den Prozess seine Ressourcen vereinnahmt – zeitlich und finanziell. „Auch in Momenten, in denen ich nicht direkt mit dem Verfahren beschäftigt war, konnte ich mich nicht wirklich auf etwas anderes konzentrieren“, erzählt Schiebel. Insgesamt schätzt er seinen Schaden – auch aufgrund des zeitlichen Aufwands – auf 60.000 Euro, inklusive der Kosten für einen Staranwalt. Denn ohne ihn hätte es auch ganz anders ausgehen können, davon ist Schiebel überzeugt. Eine finanzielle Entschädigung hat er nicht erhalten.

Insgesamt dauerte der Prozess gegen sämtliche Beteiligte mehrere Tage: Alle Angeklagten wurden jedoch schnell freigesprochen. Der entstandene Schaden geht

also noch weit über Alexander Schiebels Verluste hinaus. Veronika Feicht erinnert sich: „Im Umweltinstitut haben alle Mitarbeitenden zirka ein halbes Jahr lang fast ausschließlich an unserer Verteidigung gearbeitet. Denn im Falle einer Verurteilung wäre die Existenz der gesamten Organisation bedroht gewesen.“

Hohe Kosten für Betroffene

Und genau das sei Ziel von SLAPP-Klagen, betonen Experten: die Ressourcen der Betroffenen zu binden. Sie verlieren Zeit und Geld. Bei den meisten SLAPP-Klagen handelt es sich – anders als im Pestizidprozess – um Zivilverfahren, also um Verfahren zwischen zwei privaten Parteien, in denen teilweise auch hohe Schadenersatzforderungen geltend gemacht werden. Die Kosten eines solchen Zivilverfahrens müssen die

Betroffenen zunächst selbst aufbringen. Und selbst wenn sie vor Gericht siegen, wird ihnen oftmals nur ein Teil der entstandenen Kosten erstattet. Auch eine Entschädigung für eventuelle Verluste bekommen sie in den meisten europäischen Ländern nicht. Selbst dann nicht, wenn sie gewinnen, erklärt Joschka Selinger, Jurist bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte. „Für Betroffene bedeutet eine SLAPP-Klage oft den finanziellen Ruin“, betont er. Selinger leitet bei dem gemeinnützigen Verein zur Verteidigung der Grundrechte den Bereich Demokratie und Grundrechte. SLAPP-Klagen sind seit mehreren Jahren eines seiner Schwerpunktthemen. Er ergänzt: „Auch psychisch sind die Gerichtsverfahren, die zum Teil jahrelang dauern, für die Betroffenen oftmals sehr belastend.“ Zudem fühlten sich viele der Betroffenen alleine gelassen. →

Gefahr für die Demokratie

Und nicht nur für die direkt Betroffenen stellen SLAPPs eine Bedrohung dar, betont Selinger: „Sie schüchtern auch andere Menschen ein.“ Experten betonen deswegen die Gefahr für die Meinungs- und Informationsfreiheit. Ilja Braun, Politikreferent bei Reporter ohne Grenzen, sagt: „Wenn Journalist:innen befürchten müssen, sich nach unliebsamen Recherchen jahrelang vor Gerichten gegen hohe Schadensersatzforderungen verteidigen zu müssen, werden sie sich gründlich überlegen, ob sie über Korruption, Machtmissbrauch oder Verstrickungen von Politiker:innen in kriminelle Machenschaften berichten. Je mehr solcher Klagen es gibt, desto weniger Skandale werden im Zweifelsfall aufgedeckt.“ Aus Selbstschutz könnten Journalisten vor der Berichterstattung über bestimmte Themen zurückschrecken, so Braun. Deswegen können SLAPPs nicht nur die Meinungsfreiheit Einzelner, sondern auch die Informationsfreiheit vieler anderer gefährden.

„In der deutschen Justiz gibt es bisher noch kein großes Bewusstsein für SLAPP-Klagen. Das ist ein großes Problem.“



Joschka Selinger
Jurist bei der Gesellschaft für
Freiheitsrechte (GFF)

Um sich eben nicht zum Schweigen bringen zu lassen, veröffentlichte Schiebel nach „Das Wunder von Mals“ noch ein Buch. In „Gift und Wahrheit“ (siehe Kasten rechts), erschienen im Oktober 2023, schrieb er all seine Erfahrungen rund um die Anklage auf. Seine liebste Beschäftigung war es

SLAPPs ZAHLEN & FAKTEN

820

SLAPPs verzeichnet die Coalition Against SLAPPs in Europe (CASE) für das Jahr 2023 (bis August) in ihrer Datenbank. 2022 waren es europaweit insgesamt 570 Fälle. Für Deutschland sind dort 12 Fälle aufgeführt.

Die häufigsten Ziele von SLAPPs sind Journalisten, Medien, Redakteure, Aktivisten und Nichtregierungsorganisationen (NGO). Die Klagen zielen meist auf Aktionen oder Veröffentlichungen zu Korruption, Regierungs-, Geschäfts- und Umweltfragen.

48

Klagen lagen gegen die investigative Journalistin Daphne Caruana Galizia zum Zeitpunkt ihrer Ermordung im Jahr 2017 vor. Nach ihrem Tod wurde ein Teil der Klagen gegen Galizias Angehörige weitergeführt.

15.150

Euro: Das ist der Median-Wert der geltend gemachten Schadensersatzzahlungen, schlussfolgert CASE.

Auf 78 Millionen Euro

Schadensersatz wurde die Süddeutsche Zeitung verklagt. Es ging um die Berichterstattung über den Niedergang der Firma Solar Millennium und den Verdacht auf Insiderhandel. Der Fall liegt inzwischen beim Bundesgerichtshof.

Hilfe finden Betroffene von SLAPPs beispielsweise hier:
the-case.eu
antislapp.eu



BUCHTIPP

KAMPF VON DAVID GEGEN GOLIATH

Spannend wie in einem Krimi zeichnet Alexander Schiebel seine Erinnerungen und Eindrücke als Betroffener im „Südtiroler Pestizidprozess“ nach, der inzwischen als Deutschlands bekanntestes SLAPP-Verfahren gilt. Der Autor und Filmemacher zeigt darin die perfiden Methoden auf, mit denen eine mächtige Agrarlobby gegen Kritiker ihres Modells der Landwirtschaft vorgeht.

Alexander Schiebel: Gift und Wahrheit. Wie Konzerne und Politik ihre Macht missbrauchen, um Umweltaktivist:innen mundtot zu machen | Oekom Verlag 2023 | 208 Seiten | 20 Euro.



nicht, sich noch einmal mit all dem auseinanderzusetzen, gesteht der Autor. Dennoch erfüllt das Buch für ihn eine wichtige Aufgabe: „Ich will mich durch Transparenz wehren, gegen den gruseligen SLAPP-Wahnsinn“, sagt er.

Auch das Umweltinstitut München hat sich durch das SLAPP-Verfahren nicht einschüchtern lassen. Agrarpolitik-Expertin Feicht kann dem Ganzen sogar noch etwas Gutes abgewinnen: „Ohne das Verfahren wären wir nie an die Spritzbücher der Südtiroler Landwirtinnen und Landwirte gekommen.“ Diese hatte das Umweltinstitut als Beweismittel beantragt, um die Fakten zu prüfen und sich gegen die strafrechtlichen Vorwürfe zu wehren. Und tatsächlich erhielt es die Bücher der mehr als 1.300 Landwirte, die Anzeige erstattet hatten. Darin notieren sie ihren gesamten Pestizideinsatz. Das Umweltinstitut wertete die Bücher von knapp 700 Landwirten aus und veröffentlichte die Daten auf seiner Website. „Solche Daten hat sonst niemand, denn an diese Bücher zu gelangen, ist normalerweise unmöglich. Deswegen ist die Klage für die Südtiroler Apfelindustrie et-

Věra Jourová, EU-Kommissionsvizepräsidentin, begrüßt die geplanten EU-Maßnahmen zum Schutz vor SLAPP-Klagen: „Das neue Gesetz wird all jene abschrecken, die mit solchen missbräuchlichen Klagen liebäugeln.“



„In einer Demokratie dürfen Reichtum und Macht nie über die Wahrheit bestimmen.“



Věra Jourová
EU-Kommissarin für Werte und
Transparenz und Vizepräsidentin
der EU-Kommission

was nach hinten losgegangen, denn jetzt haben wir mehr Transparenz über den Pestizideinsatz als vorher“, erläutert Feicht. Und das Umweltinstitut hat noch mehr gemacht. Es schloss sich dem europäischen Anti-SLAPP-Bündnis „Coalition Against SLAPPs in Europe“, kurz CASE, an. Das Bündnis startete eine Petition, gerichtet an die EU-Kommission, um Betroffene von SLAPPs in der EU künftig besser zu schützen. Im Februar 2022 überreichten sie 200.000 Unterschriften an Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission.

Sanktionen gegen Kläger geplant

Und die EU-Kommission hat die große Gefahr, die von SLAPP-Klagen für demokratische Grundrechte ausgeht, inzwischen erkannt. Im April 2022 stellte sie einen Richtlinienentwurf vor. Er soll Richtern unter anderem ermöglichen, Klagen, die offenkundig missbräuchlich sind, schnell abweisen zu können. Außerdem sieht der Vorschlag Entschädigungen für Betroffene und abschreckende Sanktionen für Kläger bei missbräuchlichen Klagen vor. Würde die Richtlinie so verabschiedet wie vorgeschla-

gen, könnten fortan die Kläger als Geschädigte aus einem SLAPP-Verfahren gehen. Jourová begründete die Richtlinie mit den Worten: „In einer Demokratie dürfen Reichtum und Macht nie über die Wahrheit bestimmen. Mit diesen Maßnahmen tragen wir zum Schutz der Menschen bei, die Risiken eingehen und sich zu Angelegenheiten im öffentlichen Interesse äußern.“ In vielen Bundesstaaten der USA und in Kanada gibt es solche Gesetze bereits.

Mehr und mehr SLAPPs

Der europäische Gesetzesvorschlag kommt zur richtigen Zeit, denn SLAPPs nehmen zu in Europa. Insbesondere Kroatien und Polen geben laut EU-Kommission Anlass zu großer Sorge. Auch die CASE-Statistik führt Polen mit 128 Klagen an, gefolgt von Malta (88), Frankreich (76) und Kroatien mit 54 Klagen. In Deutschland beobachten Experten zwar noch verhältnismäßig wenige – CASE zählt zwölf, Joschka Selinger und sein Team schätzen, es sind sehr viel mehr –, doch insbesondere im Kontext der Klima- und Umweltbewegung steige die Zahl. Der Energiekonzern RWE sei hier- →



Nachdem Aktivisten die Gleise zum RWE-Kraftwerk Neurath blockiert hatten, kündigte RWE eine Klage an – auf 1,4 Millionen Euro Schadensersatz.

zulande Vorreiter, sagt Selinger. 2023 kündigte RWE an, eine Gruppe von Klimaaktivisten auf 1,4 Millionen Euro Schadensersatz verklagen zu wollen. Sie hatten das Braunkohlekraftwerk Neurath in Teilen blockiert. 2019 wollte RWE außerdem 2,17 Millionen Euro Schadensersatz von fünf Aktivisten fordern – für die teilweise Besetzung des Braunkohlekraftwerks Weisweiler. Sie hatten 2017 den Betrieb des Kraftwerks für einen halben Tag lahmgelegt.

Hohe Dunkelziffer

Oft aber bekommt die Öffentlichkeit von SLAPPs gar nichts mit. Nämlich dann, wenn die Initiatoren ihr Ziel bereits außergerichtlich erreichen. Etwa durch Abmahnungen, die eine sofortige Unterlassung kritischer Äußerungen fordern und andernfalls mit langwierigen Gerichtsverfahren und hohen Schadensersatzforderungen drohen. Die Dunkelziffer dieses Vorgehens wird als hoch eingeschätzt.

Eine europäische Anti-SLAPP-Richtlinie könnte hier Abhilfe schaffen. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission haben sich das EU-Parlament und der EU-Rat Ende

„Ohne das Verfahren wären wir nie an die Spritzbücher der Südtiroler Landwirtinnen und Landwirte gekommen.“



Veronika Feicht
Referentin für Agrarpolitik am
Umweltinstitut München

November 2023 auf einen Richtlinienentwurf geeinigt. Diese Einigung muss aber noch einige Hürden nehmen. Würde die EU-Richtlinie erlassen, hätten die Mitgliedsstaaten in der Regel 18 bis 24 Monate Zeit, um sie in nationales Recht zu gießen.

Nach derzeitigem Stand strebt die Richtlinie nur einen Mindeststandard als Schutz gegen SLAPPs an. Die Mitgliedsstaaten können jedoch darüber hinausgehen. Hierfür hat die EU Empfehlungen herausgegeben. Ein Punkt auf der Liste: Opfer von SLAPP-Klagen sollen individuelle Unterstützung erhalten, insbesondere auch hinsichtlich der hohen Kosten. Auch eine Schulung für Juristen empfiehlt die Kommission, um deren „Kenntnisse und Fähigkeiten im Hinblick auf einen wirksamen Umgang mit SLAPP-Klagen zu verbessern“. Selinger betont die Wichtigkeit einer solchen Schulung: „In der deutschen Justiz gibt es bisher noch kein großes Bewusstsein für das Thema SLAPP-Klagen. Das ist ein großes Problem.“ Auch Alexander Schiebel erhofft sich viel von der Anti-SLAPP-Richtlinie. Sie könnte Fälle wie seinen in Zukunft verhindern. 